

## 10.4 Digitalisierung und politische Partizipation

**Martin Emmer**

Freie Universität Berlin/  
Weizenbaum-Institut

**Christian Strippel**

Weizenbaum-Institut

WZB/SOEP

Seit Mitte der 1990er-Jahre haben digitale Medien den Handlungsspielraum von Bürgerinnen und Bürgern deutlich erweitert. Das gilt im Bereich des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Partizipation ebenso wie in vielen anderen Alltagskontexten. Zugleich sind diese neuen digitalen Möglichkeiten in einem ständigen Wandel begriffen, was die Erforschung politischer Partizipation und Kommunikation vor große Herausforderungen stellt. Unentwegt entstehen neue digitale Tools und Anwendungen, die in der öffentlichen Wahrnehmung oft als disruptive Innovationen gehandelt werden. Die erste Innovationswelle im Bereich politischer Kommunikation und Partizipation in den 1990er-Jahren ist mit frühen Anwendungen wie E-Mail und dem World Wide Web verbunden: Diese Technologien erweiterten die Interaktionsmöglichkeiten zwischen Bürgerinnen und Bürgern, staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, eröffneten politischen Akteuren unabhängig von journalistischen Gatekeepern neue Zugänge zur Öffentlichkeit und vergrößerten damit das politische Informationsangebot.

Im Zuge der umfassenden technischen und sozialen Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre hat sich die digitale Medienumgebung grundlegend verändert. Internetnutzung und digitale Kommunikation finden heute überwiegend mobil statt, das Smartphone dominiert die alltägliche Mediennutzung und die Infrastruktur für Vernetzung, Informationsaustausch und Kommunikation wird insbesondere durch Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram oder TikTok bereitgestellt. Die Kommunikationsprozesse über diese Plattformen sind geprägt durch eine intensive Kuratierung – also die Auswahl und Zusammenstellung – von Inhalten durch die Plattformanbieter. Dabei werden die Profile von Nutzerinnen und Nutzern analysiert, um ihnen automatisiert gefilterte und personalisierte Inhalte anzubieten. In den vergangenen zehn Jahren hat sich gezeigt, wie dramatisch sich diese Praxis – die aus

Sicht der Plattformanbieter in erster Linie einer besseren Monetarisierung der Inhalte dient – auf den politischen Prozess, insbesondere den politischen Diskurs und die politische Partizipation auswirkt. Ein Beispiel dafür ist der Cambridge-Analytica-Skandal in den USA 2016. Dort zeigte sich, dass die personalisierten Informationsmenüs der Menschen auf sozialen Medien Einfallstore für individuell zugeschnittene und dadurch extrem manipulative politische Botschaften darstellen können.

Beim Blick auf digitale Formen politischer Partizipation sollte dennoch nicht übersehen werden, dass etablierte Formen politischen Handelns dadurch nicht einfach ersetzt werden. Stattdessen ist politische Partizipation oft eng mit physischer Präsenz verknüpft, sei es beim Wahlprozess oder auf Demonstrationen und Versammlungen (siehe Kapitel 10.1, Seite 345). Diese Formen der politischen Teilhabe spielen nach wie vor eine wichtige Rolle, wobei sie durch die Nutzung digitaler Medien oft ergänzt werden, etwa wenn im Vorfeld einer Demonstration über Messenger-Gruppen mobilisiert wird oder nach einem Event auf Social-Media-Plattformen Videos und Bilder verbreitet werden.

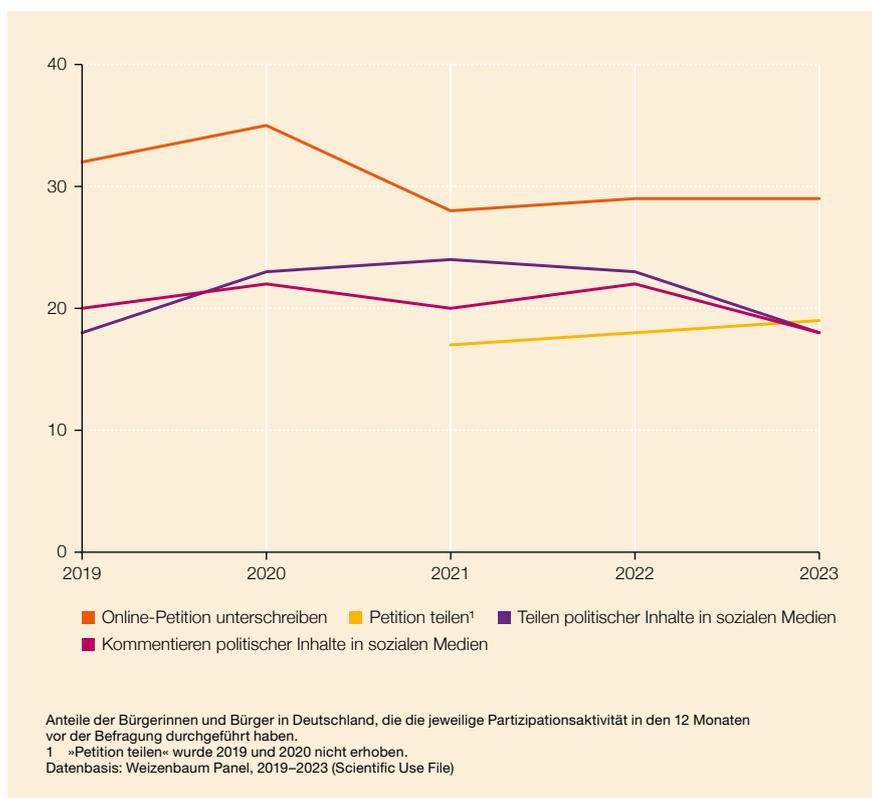
Darüber hinaus sind neue Praktiken und Handlungsräume entstanden, die durch digitale Technologien ermöglicht werden und in erster Linie im Bereich der diskursiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern liegen. In Kommentarbereichen von Nachrichtenseiten, Videoplattformen, sozialen Medien oder Foren finden heute politische Debatten und Meinungsbildung statt, die sich bisher weitgehend verborgen im privaten Bereich vollzogen und in der Regel keine größeren Öffentlichkeiten erreichten. Zugleich sind heute mit diesen neuen Formen der digitalen Partizipation auch negative Phänomene wie die Verbreitung von Hassrede, Desinformation und antidemokratischer Propaganda verbunden.

Im Folgenden liegt der Fokus auf diesen neuen, digitalen Formen der politischen

## ► Info 1

**Weizenbaum Panel**

Die hier präsentierten Befunde basieren auf den Daten des Weizenbaum Panels, einer Längsschnittbefragung des Weizenbaum-Instituts in Kooperation mit der Freien Universität Berlin. Seit 2019 wird jährlich eine repräsentative Stichprobe von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ab einem Alter von 16 Jahren telefonisch zu ihrer Mediennutzung, demokratischen Einstellungen und politischen Partizipation mit einem besonderen Schwerpunkt auf digitalen Partizipationsformen befragt (2019: 1 298 Befragte, 2020: 964, 2021: 1 595, 2022: 2 023, 2023: 2 170). Die Untersuchung ist dabei als rollendes Panel angelegt, das heißt, es werden in jedem Jahr möglichst dieselben Personen befragt. Neue Befragte zum Ausgleich der Panelmortalität werden nach den üblichen Zufallsverfahren für Telefonbefragungen in Deutschland (Dual-Frame-Ansatz, Gabler-Häder-Design, Last-Birthday-Methode) ausgewählt. Der hier zugrunde liegende Datensatz (Scientific Use File) umfasst alle Jahre von 2019 bis 2023. Für die Auswertung wurde nach Bildungsstand (Schulabschluss) gewichtet. Weitere Informationen zum Weizenbaum Panel, der öffentlich nachnutzbare Datensatz (Public Use File) sowie alle Fragebögen, Methodenberichte und weiteres Material gibt es unter: <https://panel.weizenbaum-institut.de>

► Abb 1 **Beteiligung an Formen digitaler politischer Partizipation – in Prozent**

Partizipation. Unter Rückgriff auf die Befragungsdaten des Weizenbaum Panels wird gezeigt, wie weit verbreitet ausgewählte digitale Partizipationsformen sind, welche Rolle internetbezogene Bürgernormen spielen und welche Ungleichheiten sich in diesem Bereich beobachten lassen. ► Info 1

**10.4.1 Digitale Partizipationsformen**

Wie traditionelle Formen der politischen Partizipation müssen auch digitale Formen im Kontext der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen betrachtet und interpretiert werden. Seit dem Beginn der Datenerhebung des Weizenbaum Panels im Jahr 2019 spielt insbesondere

die Coronapandemie eine zentrale Rolle: Ihre globale Ausbreitung und die soziale Ausnahmesituation während der Lockdowns hatten einen erheblichen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen in Deutschland und prägten das Themenspektrum im öffentlichen Diskurs maßgeblich. In die auslaufende Pandemie fiel dann Anfang 2022 der russische Angriff auf die Ukraine, der vielfältiges Engagement ausgelöst hat. Solche Ereignisse spiegeln sich im Verlauf der Zeit auch in der digitalen Partizipation wider.

Vier digitale Formen der politischen Partizipation sollen im Folgenden vorgestellt werden: Dies ist zunächst das Unterzeichnen von Petitionen als eine etablierte Partizipationsform, die auch digital populär ist und zu den frühesten internetbasierten Partizipationsformen zählt. Daneben sind durch den Aufstieg sozialer Medien weitere Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Diskurs möglich geworden: Neben dem Teilen von Petitionen mit anderen Nutzerinnen und Nutzern sind dies vor allem das Teilen und das Kommentieren von politischen Inhalten.

Im ersten Jahr der Coronapandemie ist die digitale politische Partizipation insgesamt stark angestiegen: Die Beteiligung an allen drei zu jener Zeit abgefragten Partizipationsformen nahm von 2019 auf 2020 zu. Danach setzte sich dieser Trend allerdings nicht fort: Die Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer von Online-Petitionen ging in den Folgejahren deutlich zurück, und auch die Beteiligung an öffentlichen Debatten, gemessen anhand des Teilens oder Kommentierens von politischen Inhalten, hat sich mit einer leichten zeitlichen Verzögerung verringert. ► Abb 1

Eine naheliegende Erklärung für einige dieser Muster sind die Kontaktbeschränkungen während der Pandemie, die sich auch in einer deutlich zurückgegangenen Beteiligung in traditionellen Partizipationsformen niedergeschlagen haben. Zugleich ist das politische Themenspektrum insbesondere im ersten Pandemiejahr durch die alles überlagernden Probleme im Zusammenhang mit der Pandemie

deutlich kleiner geworden. Dies könnte erklären, warum einerseits die Beteiligung an politischen Diskursen – etwa durch das Teilen politischer Inhalte in sozialen Medien – zugenommen hat, während Aktivitäten, die eher selten und themenbezogen stattfinden – wie das Unterzeichnen von Petitionen –, zurückgingen.

Das Kommentieren politischer Inhalte auf sozialen Medien blieb im Zeitverlauf vergleichsweise stabil, es war dabei aber auch nur für eine kleine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern wirklich wichtig. Von den durchschnittlich etwas über 20% der Menschen, die in den zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt politische Inhalte kommentiert hatten, tat es im Schnitt mehr als die Hälfte sehr selten (einmal im Monat oder seltener). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung haben damit im Jahr 2023 nur knapp 4% regelmäßig (mehrmals wöchentlich oder täglich) politische Inhalte auf sozialen Medien kommentiert. Dies zeigt, dass die in der öffentlichen Debatte oft kritisch diskutierten Inhalte in sozialen Medien – etwa Hasskommentare oder rechtsextreme Beiträge – keineswegs der Diskursbeteiligung breiter Bevölkerungsschichten entspringen, sondern dass dort in konzentrierter Form die Weltbilder kleiner, aber sehr aktiver Gruppen sichtbar werden. Daraus ergibt sich ein besonders großes Potenzial für die Manipulation des öffentlichen Meinungsbildes durch strategisch kommunizierende Akteure wie ausländische Regierungen oder extremistische Gruppen.

#### 10.4.2 Internetbezogene Bürgernormen

Die Eröffnung neuer Handlungsoptionen, die den Menschen bisher verschlossen waren – etwa die direkte Beteiligung an medialen Debatten, die früher vor allem Journalistinnen und Journalisten vorbehalten war –, kann Einfluss auf das bürgerschaftliche Selbstverständnis der Menschen haben. Das Weizenbaum Panel geht daher über die Erhebung von reinen Partizipationshandlungen hinaus und erfasst den digitalen Wandel von

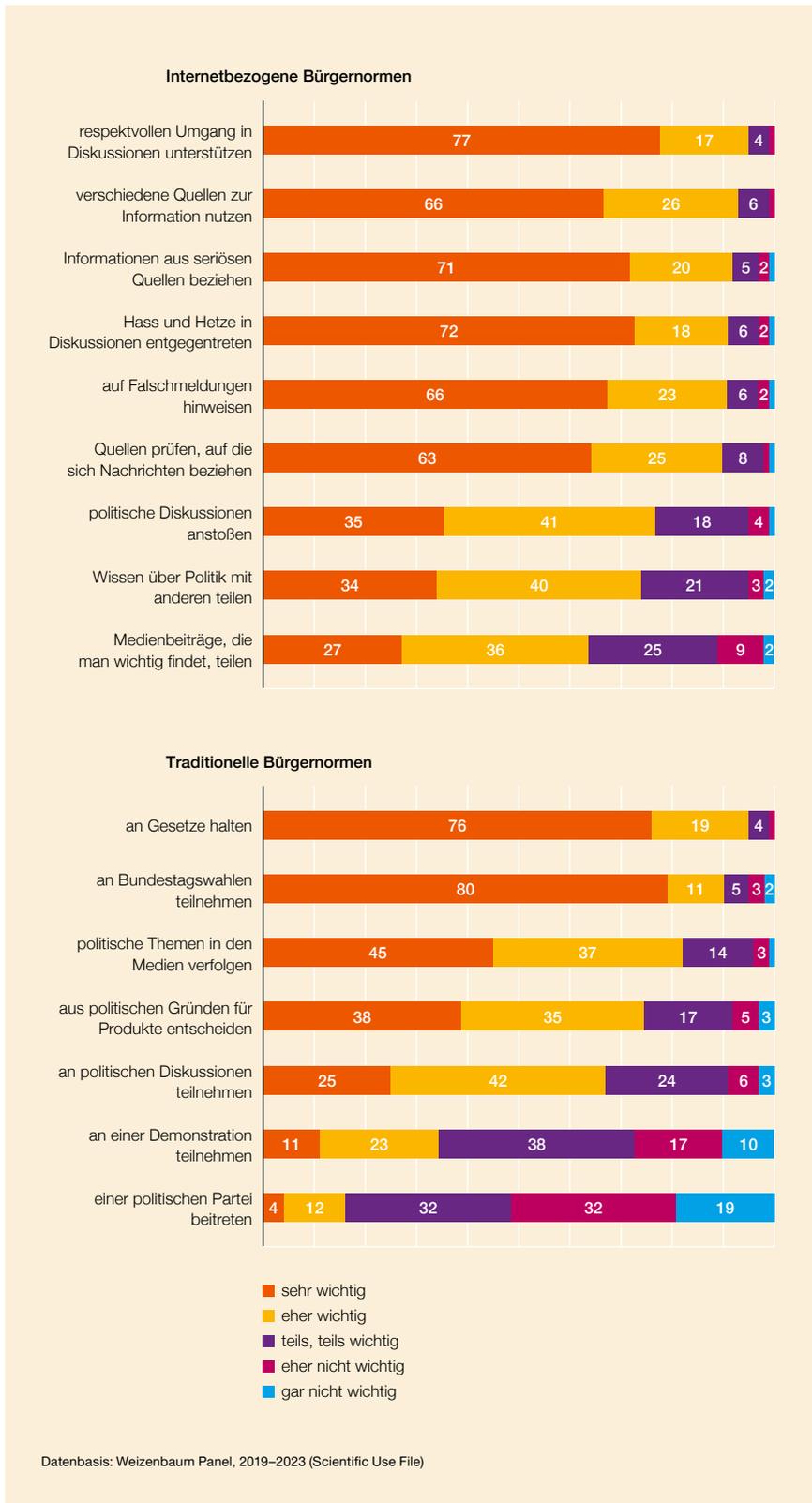
Bürgerschaft auch auf der Ebene der Politikvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Dazu wurden in den vergangenen Jahren sogenannte Bürgernormen erhoben – also Ansichten darüber, wie sich »gute« Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie verhalten sollten –, wobei hier zwischen traditionellen und internetbezogenen Bürgernormen unterschieden wurde.

Traditionelle Bürgernormen wurden mit wenigen Ausnahmen (wie dem Parteibeitritt oder der Teilnahme an einer Demonstration) von einem großen Teil der Menschen als sehr wichtig oder eher wichtig angesehen. Die meisten internet-

bezogenen Normen erfuhren sogar eine noch größere Zustimmung. Interessant ist hier das Muster, dass einerseits nicht von vielen die Erwartung geäußert wurde, sich als Bürgerin oder Bürger an politischen Diskussionen zu beteiligen (nur 25% finden dies sehr wichtig). Wenn andererseits aber eine Beteiligung stattfindet, hielt die große Mehrheit es für sehr wichtig, einen respektvollen Umgang miteinander zu pflegen (77%), sich gegen Hass und Hetze einzusetzen (72%) oder auf Falschmeldungen hinzuweisen (66%). Ähnliches gilt für die Wichtigkeit, gut informiert zu sein: Auch hier erwartete die Mehrheit von »guten« Bürgerinnen und



► **Abb 2 Wichtigkeit traditioneller und internetbezogener Bürgernormen 2022**  
 – in Prozent



Bürgern nicht unbedingt, dass sie sich politisch informieren (nur 45 % finden dies sehr wichtig). Wenn sie es aber tun, dann sollte dies mit kritischer Prüfung (63 %) und auf Basis vielfältiger (66 %) und seriöser (71 %) Quellen geschehen. ► **Abb 2**

Grundsätzlich scheint der Mehrheit der Menschen also die Art und Weise der politischen Beteiligung wichtiger zu sein als sich als Bürger oder Bürgerin überhaupt politisch zu beteiligen. Gute Bürgerschaft zeichnet sich für viele also nicht unbedingt durch hohe Aktivität aus, sondern dadurch, wie man solchen Aktivitäten nachgeht. Theoretisch lässt sich daraus ableiten, dass die Menschen in Deutschland ein eher »liberales« Bürgerschaftskonzept bevorzugen, das Beteiligungsrechte sichert, aber keine permanente Beteiligung fordert. Wie in anderen Sektoren der digitalen Sphäre auch (zum Beispiel beim Schutz persönlicher Daten) deutet sich hier eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Wissen über Potenziale und Risiken auf der einen und praktischem Handeln auf der anderen Seite an. Die Qualität des digitalen Diskurses könnte angesichts dieser hohen normativen Erwartungen besser sein als sie es tatsächlich ist, würden mehr Menschen daran teilnehmen.

### 10.4.3 Online Civic Intervention – Einsatz gegen Hass und Falschnachrichten im Internet

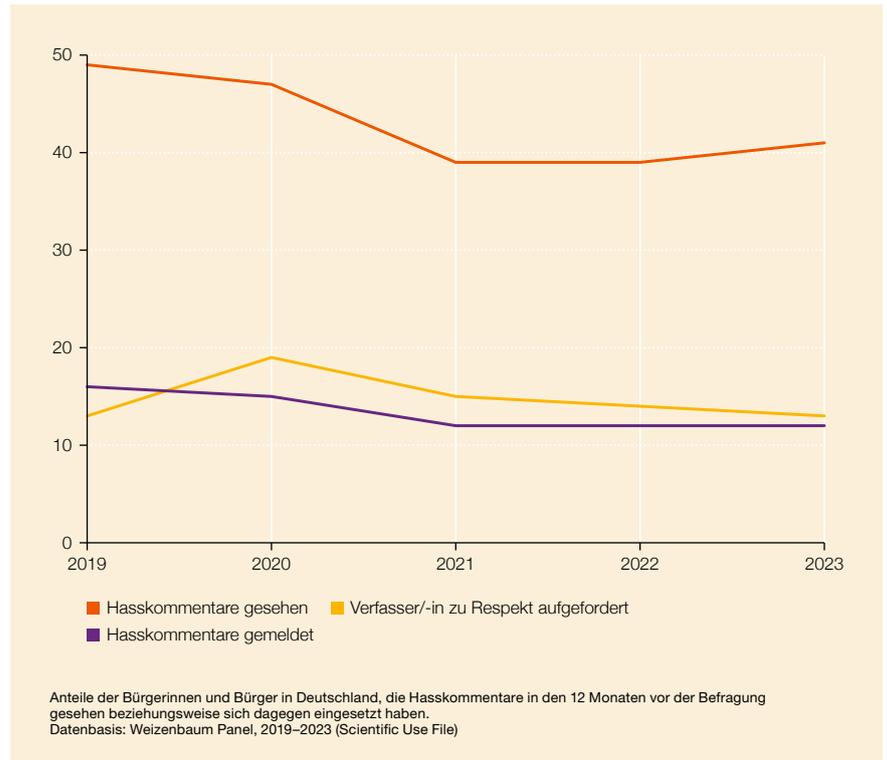
Die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger mit Hassrede oder Falschnachrichten, die den politischen Diskurs im Internet massiv beeinträchtigen können, umgehen, wurde durch die Erhebung von Indikatoren für das bürgerschaftliche Eintreten gegen solche Phänomene (Fachbegriff »Online Civic Intervention«) erfasst.

Hier fällt auf, dass die Wahrnehmung von Hasskommentaren seit 2019, auch in den Jahren der Coronapandemie, deutlich zurückging: von 49 % im Jahr 2019 auf 39 % im Jahr 2021. Angesichts der parallelen Zunahme der digitalen Partizipation ist dies erklärungsbedürftig. Eine mögliche Ursache könnte die zunehmende politische Regulierung etwa durch das Gesetz

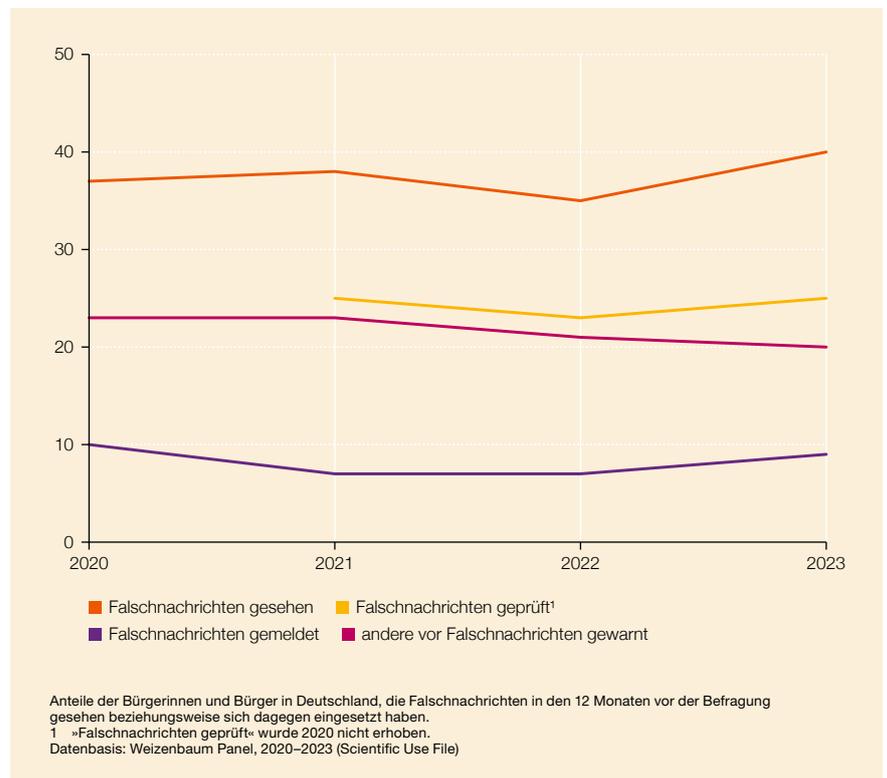
zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG) sein, in deren Folge eine verstärkte Moderation von Kommentaren durch Plattformen und direkte Interventionen von Bürgerinnen und Bürgern stattfanden. Dass der Rückgang der Wahrnehmung von Hasskommentaren als Form der Abstumpfung oder selektiven Wahrnehmung zu interpretieren ist, erscheint hingegen unwahrscheinlich, da zwischen 2019 und 2020 gleichzeitig eine Zunahme von aktivem Einschreiten der Menschen zu verzeichnen ist. Dies kann in Zusammenhang mit der deutlichen Zunahme digitaler Beteiligung zu Beginn der Pandemie stehen. Die direkte Konfrontation der Verfasserinnen und Verfasser von Hasskommentaren im Internet war trotz der damit verbundenen Risiken sogar verbreiteter als das Melden dieser Kommentare bei den Plattformanbietern. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die von vielen wahrgenommene geringe Effizienz solcher Meldungen. Die verbreitete Befürchtung, viele Menschen würden sich aus Angst vor negativen Reaktionen aus Debatten im Internet zurückziehen, wird durch diese Befunde nicht bestätigt. ▶ **Abb 3**

Falschnachrichten – auch »Fake News« genannt – spielen ebenfalls eine große Rolle, auch wenn deren Wahrnehmung in den Jahren 2020 bis 2023 mit durchschnittlich 38 % etwas niedriger ausgeprägt war als die der Hasskommentare. Als Reaktion auf Falschmeldungen hat rund ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger schon einmal Nachrichten geprüft. Etwas niedriger lag der Anteil der Personen, die andere vor Falschmeldungen gewarnt haben. Er sank bis 2023 auf rund ein Fünftel. Deutlich seltener (weniger als 10 %) wurden Falschnachrichten gemeldet. Im Zeitverlauf gibt es sowohl bei der Wahrnehmung von Falschnachrichten wie auch bei den unternommenen Gegenmaßnahmen der Menschen eher geringfügige Veränderungen. Die Anstiege zwischen 2022 und 2023 könnten mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine zusammenhängen. Ob sie einen Trend einleiten, lässt sich derzeit noch nicht sagen. ▶ **Abb 4**

▶ **Abb 3 Einsatz gegen Hasskommentare – in Prozent**



▶ **Abb 4 Einsatz gegen Falschnachrichten – in Prozent**



### 10.4.4 Ungleichheiten in der digitalen Partizipation

Eine Herausforderung für jede Demokratie ist die ungleiche politische Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen. Deren Bedürfnisse und Erwartungen können dadurch unterschiedlich stark in politische Diskurse und Entscheidungen eingehen. Da das Internet im öffentlichen Diskurs häufig als eine demokratisierende Infrastruktur beschrieben wird, die niedrigschwellige Beteiligung ermöglicht, ist die Frage von besonderem Interesse, ob sich im Bereich der digitalen Partizipation tatsächlich eine geringere soziale Spaltung zeigt.

Grundsätzlich fällt auf, dass sich bei den untersuchten digitalen Partizipationsformen stärkere Gruppenunterschiede zeigen als bei traditionellen. So waren Frauen insbesondere bei öffentlich sichtbaren Aktivitäten (politische Inhalte teilen sowie Verfasserinnen und Verfasser

von Hasskommentaren zu Respekt aufordern) seltener aktiv als Männer. Die Unterschiede werden dabei über die Jahre sogar noch größer. Relativ erwartbar sind hingegen die Altersunterschiede: Je jünger die Bürgerinnen und Bürger waren, umso aktiver waren sie im Internet. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen waren zum Teil erheblich, insbesondere wenn die unter 35-Jährigen und die über 59-Jährigen verglichen werden: Hier betragen die Unterschiede bis zu 30 Prozentpunkte. Zwischen 2019 und 2023 wurden diese Unterschiede allerdings etwas geringer. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch für Bildungs- und Einkommensunterschiede: So beteiligen sich Menschen mit niedriger formaler Bildung und niedrigem Einkommen digital weitaus weniger als andere Menschen. Dass diese Unterschiede bei den beiden dargestellten Social-Media-Aktivitäten – dem Teilen politischer Inhalte und der

Reaktion auf Hasskommentare – etwas kleiner waren als bei den Online-Petitionen, kann darauf hinweisen, dass diese niedrigschwelligeren Partizipationsformen das Potenzial haben, Ungleichheiten bei der politischen Beteiligung etwas auszugleichen, auch wenn diese beiden Aktivitäten im Partizipationsrepertoire der Menschen insgesamt noch eine vergleichsweise geringe Rolle spielen. ▶ Tab 1

Eine Auswertung nach der politischen Links-rechts-Orientierung offenbart, dass die digitale Partizipation an den politischen Rändern höher ist als in der Mitte des politischen Spektrums. Personen, die sich politisch links einschätzen, waren dabei eher aktiv. Auch dies kann zum Phänomen einer polarisierten Öffentlichkeit beitragen: Relativ wenige Menschen sind sehr aktiv, und dies sind überwiegend solche mit stark ausgeprägten und einander entgegengesetzten politischen Identitäten. Diese Verteilung

▶ Tab 1 Digitale politische Partizipation verschiedener Bevölkerungsgruppen – in Prozent

	Online-Petitionen unterschrieben			Politische Inhalte geteilt			Hasskommentare: Verfasser/-in zu Respekt aufgefordert		
	2019	2021	2023	2019	2021	2023	2019	2021	2023
<b>Insgesamt</b>	32	28	29	18	24	18	13	15	13
<b>Geschlecht</b>									
Frauen	33	27	30	17	21	14	12	13	10
Männer	32	28	28	19	26	22	14	16	15
<b>Alter</b>									
16–34 Jahre	45	41	36	35	46	35	28	28	24
35–59 Jahre	38	36	35	18	29	23	14	18	16
ab 60 Jahren	19	17	23	9	14	12	4	8	9
<b>Bildung</b>									
Volks-/Hauptschulabschluss	16	14	18	11	12	12	10	11	9
Mittlere Reife	37	24	26	16	23	15	13	14	12
(Fach-)Hochschulreife	47	43	40	26	35	26	15	18	16
<b>Einkommen</b>									
bis 2000 Euro	23	15	16	17	19	13	8	10	8
über 2000 bis 5000 Euro	36	27	30	16	24	18	12	16	14
über 5000 Euro	51	50	42	29	41	28	23	20	18
<b>Politische Orientierung<sup>1</sup></b>									
links	43	40	40	23	34	24	13	19	13
Mitte	28	20	22	14	19	12	13	14	13
rechts	23	28	25	21	27	26	15	9	15

Anteile der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die die jeweilige Partizipationsaktivität in den 12 Monaten vor der Befragung durchgeführt haben.

<sup>1</sup> Politische Orientierung: Selbsteinstufung auf einer Links-rechts-Skala von 1 bis 10, links = 1 bis 4, Mitte = 5 bis 6, rechts = 7 bis 10.

Datenbasis: Weizenbaum Panel, 2019–2023 (Scientific Use File)

trägt sicher dazu bei, dass Polarisierungstendenzen in der Öffentlichkeit dramatischer erscheinen als sie in der Gesamtbevölkerung tatsächlich sind.

#### 10.4.5 Ausblick

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich digitale Partizipation weiterhin entwickelt und stetig verändert. Vor allem jüngere Bürgerinnen und Bürger nutzen aktuell soziale Medien, um sich politisch einzubringen, aber auch für andere Bevölkerungsgruppen eröffnen sich mit der Digitalisierung neue Handlungsmöglichkeiten zur Kommentierung, Vernetzung und politischen Information. Das gilt besonders hinsichtlich der Beteiligung der Menschen am alltäglichen politischen Diskurs. Für Politik, Gesellschaft und Forschung stellt sich damit die Aufgabe, digitale Formen der politischen Partizipation als relevant anzuerkennen und zu fördern.

Die digitale politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zeigt sich nicht nur im Handeln, sondern auch in den Normerwartungen und dem bürgerschaftlichen Selbstverständnis. So gibt es klare Erwartungen an das eigene Verhalten und das Verhalten anderer im digitalen politischen Diskurs, beispielsweise das Einschreiten gegen Hassrede und Falschnachrichten. Zugleich darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass die digitale Partizipation noch immer durch eine ungleiche Repräsentation verschiedener Bevölkerungsgruppen geprägt ist, was auch Folgen für die zum Teil verzerrte Wahrnehmung von politischen Positionen in öffentlichen Debatten im Internet haben kann. Frauen, ältere Menschen und Gruppen mit niedrigem Einkommen oder niedrigen Bildungsabschlüssen sind bei der digitalen politischen Partizipation nach wie vor unterrepräsentiert.